

Ersteint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonntag.

Inserate:
Für den Raum
einer
Kleinspalt. Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 R. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Annoncen-Aannahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Auction.

Nächstkommenden Montag, den 16. September 1878,

von Vormittags 9 Uhr an

soll im Hause des Herrn Klempnermeister und Handelsmann Walthers hier — in der Langen Straße — ein Theil der zu dem Nachlasse weil. Frau Margarethen verw. gewesenen Referendar Döffel geb. Landrock gehörigen Mobilien, als: Betten mit Matratzen, Meublement, Glas- und Zinnsachen, Küchengeräthe und Feuerungsmaterial öffentlich und gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden, wozu Erhebungslustige hiermit eingeladen werden.

Königliches Gerichtsammt Eibenstock,

den 10. September 1878.

J. A. Gyfrig, Referendar.

R.

Tagesgeschichte.

— Berlin. Ueber den Tod Nobilings gehen der „National-Zeitung“ von ihrem Referenten folgende Mittheilungen zu: Der Meuchelmörder Carl Eduard Nobiling ist am Dienstag Nachmittag 3 Uhr seinen Wunden in der Krankenanstalt der hiesigen Stadtvoigtei erlegen. Nobiling's Zustand, der, so weit es sein körperliches Leiden betraf, sich anscheinend zu bessern schien, war doch noch immer ein äußerst bedenklicher, da die Eiterung der Wunde unaufhörlich fort dauerte, obgleich von den ihn behandelnden Ärzten wiederholt die Ansicht ausgesprochen wurde, daß, wenn nicht eine Blutvergiftung durch Vereiterung eintrete, Nobiling am Leben zu erhalten sei, wiewohl andererseits durch den massenhaften Verlust von Gehirnmasse an der völligen Wiederherstellung der Geisteskräfte entschieden gezweifelt wurde. Seit letztem Sonntag verschlimmerte sich der Zustand Nobiling's sichtlich, und Dienstag Mittag gegen 12 Uhr erklärten die Gefängnisärzte, daß der Verbrecher nur noch wenige Stunden zu leben habe. Die Mutter des Meuchelmörders wurde eiligst herbeigerufen und verlebte mit ihm die letzten Stunden. Ob der Sohn bei Verstand gestorben, ob er seine That bereut, ob er überhaupt Mittheilungen gemacht, wollte die Mutter nicht mittheilen. So weit bis jetzt bekannt, ist er ohne weitere Mittheilungen aus der Welt geschieden. Da Nobiling noch Untersuchungsgefangener und nicht verurtheilt war, so ist sein Leichnam der Mutter des Verbrechers zur Beerdigung übergeben worden. Nobiling's Tod ist durch Blutvergiftung in Folge der Vereiterung herbeigeführt.

— In Betreff des von Prof. Rühlmann in Chemnitz gemachten Vorschlags, die Wilhelmsspende zur Gründung einer „nationalen Arbeiterpensions- und Invalidenkasse“ zu verwenden, mehren sich die abmahnennden Stimmen. Es kann gar nicht nachdrücklich genug betont werden, daß die soziale Hülfsleistung überall als eine lokale und individuelle Angelegenheit von Privaten und Vereinen oder von den besonders beteiligten Gemeinden in die Hand genommen werden muß und hierbei nicht nach einer allgemeinen Schablone verfahren werden darf. Schon die Idee, daß das Reich eine solche Sache wie Invaliden- und Altersversorgung in die Hand nehmen könne und werde, wirkt täuschend und lähmend. Und wenn — wie es vorauszuwehen ist — die meisten der an eine solche Idee geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt werden sollten, so würden sich Kritik, Unzufriedenheit oder Spott gegen das Reich selbst, gegen die Wilhelmsspende und gegen den Namen des erhabenen ersten Kaisers unserer wieder zu neuem politischen Leben erwachten Nation richten. Professor Heym in Leipzig, eine Autorität im Versicherungswesen, hat vor Kurzem in einer Beleuchtung des Rühlmann'schen Projekts auf der Basis der Bilanz einer Knappschaftskasse des erzgebirgischen Kohlendistrikts nachgewiesen, daß selbst 5000 Millionen Mark zur Fundirung einer allgemeinen Arbeitervereinskasse für das deutsche Reich nicht hinreichen würden. In M. Gladbach, einem Hauptmittelpunkte der deutschen Textilindustrie, beschäftigt man sich jetzt sehr eingehend mit der Gründung einer großen Altersspargasse für Arbeiter, zu welcher ein bis auf 90,000 Mark angewachsener Stiftungsfonds des verstorbenen Geheimen Commerzienraths Freiherrn von Diergardt, eines der aufopferungsvollsten Arbeiterfreunde, verwendet werden soll. Ein Hauptförderer dieses Gladbacher Unternehmens schreibt: „So schön der Gedanke ist, die Gelder der Wilhelmsspende zur Hebung sozialer Uebelstände und dadurch auch zur Bekämpfung der staatsgefährlichen Irrelehren

zu verwenden, so wenig glaube ich doch den Vorschlag des Herrn Prof. Rühlmann dazu angethan, dem Sozialismus zu steuern, so wenig halte ich ihn auch heute für praktisch ausführbar. Mit Knappschaftskassen oder ähnlichen Einrichtungen können wir beispielsweise hier in der Textilindustrie absolut nichts anfangen. Die von 14 bis 25 Jahren darin beschäftigten Mädchen verheirathen sich, suchen einen Dienst u. s. w. Die Jungen denken eben so wenig daran, zeitlichen Spinnereiarbeiter zu bleiben, und würde daher diesen gegenüber die Beitragspflicht eine Ungerechtigkeit sein. Die Altersversorgung eines Volkes ist nicht nach einem Schema zu reguliren. Es sind dabei so viele Faktoren zu berücksichtigen, daß heute an eine Lösung nach dem Vorschlage des Herrn Rühlmann wohl kaum noch gedacht werden kann. Wir haben bei der in Gladbach zu gründenden Alterskasse den Hauptnachdruck auf die Selbsthülfe gelegt, oder vielmehr auf den Anreiz zur Selbsthülfe. Eine nationale Zwangskasse kann ich mir in ihren Wirkungen nicht anders denken, als diesen Anreiz vermindern. Der für alle Fälle von Seiten des Staates sicher gestellte Arbeiter wird, weil er den Besitz nicht nöthig gebraucht, weniger Trieb in sich fühlen, Besitz zu erwerben; der Proletarier wird Proletarier bleiben. Ob durch eine solche etwas kommunistische Einrichtung nicht bezüglich der Ausbreitung des Sozialismus das Gegentheil von dem bewirkt wird, was Prof. Rühlmann will?“

— Das Centrum ist es also wirklich, welches durch seine nach wie vor Bismarck feindliche Haltung das Zustandekommen des modus vivendi zwischen dem Vatikan und dem deutschen Reiche bisher vereitelte. Der römische Korrespondent der „R. Z.“ berichtet von einer Unterredung, die er kürzlich mit einer in vatikanischen Dingen bewanderten Persönlichkeit gehabt, welche ihm über die Stellung des Vatikan zum Centrum das Nachstehende sagte: „Man ist im Vatikan empfindlich überrascht von der Haltung der Deputirten des Centrums, die bis jetzt unter dem Namen von Katholiken bekannt waren und für solche galten. Man hat diese Partei eingeladen, dem heiligen Stuhl in seinen Verhandlungen mit der Regierung beizustehen, indem man ihr nahelegte, die systematische Opposition gegen die Regierung aufzugeben. Aber zwei Drittel ihrer Mitglieder haben den Personen, die in solchem Sinne auf sie einzuwirken suchten, geantwortet, daß sie nicht gewillt seien, dergleichen Rathschläge anzunehmen. Die im Vatikan eingelaufenen Berichte sagen das dürr und trocken. Das Friedenswerk ist aber dadurch stark beeinträchtigt.“

— Der „Leipziger Zeitung“ berichtet man aus München vom 6. Septbr.: „Der im 20. sächsischen Wahlkreise gewählte Reichstagsabgeordnete Wiemer hat vorgestern zu Nürnberg, wohin er von den Sozialdemokraten zur Agitation berufen wurde, eine Rede gehalten, worin er sich namentlich über das Sozialistengesetz aussprach und, den Fall der Ablehnung desselben durch den Reichstag und eine darauffolgende etwaige abermalige Auflösung dieses ins Auge fassend, sagte, es sei sogar wahrscheinlich, daß bei einer Neuwahl eine andere Zusammensetzung erfolge. Dann fuhr er fort: „Wenn dem Reichkanzler der Reichstag nicht paßt, so mag er sich einen malen lassen. Nach dem Gesetze (?) kann er den Reichstag nur drei Mal nach Hause schicken. Geschieht dies, so wird die Verfassung hinfällig, und wer hat sie dann gebrochen? Diejenigen, welche in erster Linie berufen gewesen waren, die Verfassung zu erhalten. Aber das Volk kann auch Umkehr halten und diejenigen jagen, welche bisher gejagt haben.“ Als ein anderer Redner geäußert hatte, die Sozialdemokraten